



BA-Studiengang:

Sozial-, Gesundheits- & Public Management

MCI | Die Unternehmerische Hochschule®

Course: Projekt-, Prozess- & Qualitätsmanagement

Assignment Woche 16: Bericht

Lehrende

Prof. Dr. Lukas Kerschbaumer

Prof. Dr. Nils Mevenkamp

Prof. Dr. Siegfried Walch

Verfasser

Kajetan, Voss (52313818)

Katja, Herold (12414147)

Martin, Klotzner (52414312)

Tobias, Schneider (12110108)

Word count: 8624

Index

1. Einleitung	1
2. Literaturdiskussion	2
2.1. Lokale Demokratie und politische Teilhabe	2
2.2. Herausforderung für lokale Demokratie	4
2.3. Ressourcen, Netzwerke und Schutzfaktoren	6
2.4. Bedarfe und Konsequenzen für ein Handlungskonzept	7
3. Ableitung der empirischen Fragestellung	9
4. Methodische Vorgehensweise	9
5. Empirische Ergebnisse	10
5.1. Beschreibung der Informationsquellen	10
5.2. Lokale Demokratie	11
5.2.1. Rolle und Kontext	12
5.2.2. Demokratie und Teilhabe vor Ort	12
5.2.3. Herausforderungen: Polarisierung, Desinformation, Extremismus	12
5.3. Ressourcen und Bedarfe der Demokratieförderung	13
5.3.1. Ressourcen, Schutzfaktoren und Good Practice	13
5.3.2. Bedarfe und Impulse für ein Handlungskonzept	13
5.4. Kooperation, Zielgruppenansprache und Wirkung	14
5.4.1. Zusammenarbeit und Schnittstellen	14
5.4.2. Erreichbarkeit und Ansprache	14
5.4.3. Indikatoren für Erfolg	15
5.5. Ergänzende Hinweise der Befragten	15
6. Diskussion und Ausblick	15
6.1. Zusammenfassung von Literatur und empirischen Befunden	15
6.2. Gemeinsamkeiten, Widersprüche und mögliche Erklärungen	16
6.2.1. Teilhabe als Frage der Passung und der realen Mitbestimmung	16
6.2.2. Strukturelle Selektivität der Teilhabe	16
6.2.3. Ländlicher Raum, Demografie und Abwanderung	17
6.2.4. Soziale Medien und rechtsextreme Ansprache	17
6.2.5. Vernetzung, Konkurrenz und das Paradox des ressourcenstarken Landkreises	18
6.3. Kritische Würdigung der Validität	18
6.4. Handlungsfelder und Denkanstöße für die Praxispartner	19
7. Fazit	21
Referenz	23

1. Einleitung

Demokratieförderung gewinnt insbesondere auf der lokalen Ebene an Bedeutung, weil sich demokratische Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt dort in alltagsnahen Arenen (z. B. Schule, Jugend(sozial)arbeit, Vereine, kommunale Verwaltung) konkretisieren und lokale Beteiligungsgelegenheiten häufig den niedrigschwelligsten Zugang zu politischer Partizipation darstellen. Politische Partizipation umfasst ein breites Spektrum formeller und informeller Aktivitäten, konzeptionelle Kartierungen helfen, diese Vielfalt systematisch zu erfassen und analytisch zu ordnen (van Deth, 2014). Weitere Befunde deuten zudem darauf hin, dass demokratische Innovationen und partizipative Verfahren häufig positive Effekte auf Einstellungen, Wissen und Fähigkeiten von Teilnehmenden entfalten, was für die Stärkung lokaler Beteiligungskulturen und Legitimität relevant ist (Theuwis et al., 2025).

Demokratische Aushandlungsprozesse stehen jedoch unter Druck, wenn Polarisierung, Desinformation und Formen gruppenbezogener Abwertung „Wir-gegen-Sie“-Dynamiken verstärken und damit Kooperation sowie Vertrauen in Institutionen belasten. Forschung zur „pernicious polarization“ beschreibt Polarisierung als Prozess, in dem gesellschaftliche Unterschiede entlang einer dominanten Konfliktlinie gebündelt werden und intergrupale Feindseligkeit demokratieschädliche Folgen nach sich ziehen kann (McCoy et al., 2018). Ergänzend zeigt Forschung zur affektiven Polarisierung, dass soziale Distanz und negative Emotionen gegenüber politischen Gegner:innen häufig stärker identitätsbasiert als ideologisch begründet sind (Iyengar et al., 2012). Desinformation kann solche Konfliktodynamiken verschärfen; zugleich persistieren Fehlüberzeugungen oft selbst nach Korrekturen, wodurch informierte Urteilsbildung erschwert wird (Lewandowsky et al., 2012).

Vor diesem Hintergrund zielt die vorliegende Arbeit auf eine qualitative Situations- und Ressourcenanalyse im Untersuchungsraum Landkreis Garmisch-Partenkirchen, um daraus ein bedarfsorientiertes Handlungskonzept zur Stärkung lokaler Demokratieförderung abzuleiten. Eine Erhebung mit Akteur:innen aus Verwaltung, Bildung, Jugend(sozial)arbeit und Zivilgesellschaft ist dafür angemessen, weil Demokratieförderung in komplexen lokalen Problemlagen typischerweise in kollaborativen Governance-Arrangements entsteht, deren Erfolg u. a. von Beteiligungsanreizen, Ressourcen-/Machtasymmetrien, Vertrauensaufbau und institutionellem Design geprägt ist (Ansell & Gash, 2008). Erwartet wird ein praxisrelevanter Beitrag, der lokale Herausforderungen, vorhandene Ressourcen und Kooperationsbedarfe verdichtet und so die strategische Ausrichtung der Demokratieförderung im Landkreis unterstützt.

2. Literaturdiskussion

2.1 Lokale Demokratie und politische Teilhabe

Lokale Teilhabe ist kein automatischer Reflex politischen Einbezugs, sondern hängt wesentlich von den institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten, sozialen Einbindungen und individuellen Ressourcen ab (Zapko-Willmes & Theocharis, 2025). Kommunale Entscheidungen sind eng mit alltäglichen Lebenslagen verbunden und bieten daher potenziell sichtbare Anlässe für Bürger:innenbeteiligung, Responsivität und den Aufbau von Vertrauen. Welche Gruppen sich daran beteiligen, wird jedoch stark durch strukturelle Bedingungen bestimmt. In einer US-Analyse zeigte sich etwa, dass die Wahrscheinlichkeit lokaler Beteiligung mit der Größe der Kommune und der Dichte sozialer Netzwerke variiert, was die Bedeutung kommunaler Institutionen und Rekrutierungsnetzwerke für zivilgesellschaftliches Engagement unterstreicht (Oliver, 2000). In der Demokratietheorie und Governance-Forschung wird die lokale Ebene daher als Teil komplexer Governance betrachtet, bei der direkte Beteiligung das repräsentative System nicht ersetzt, sondern es je nach institutioneller Ausgestaltung ergänzen kann (Fung, 2006; Warren, 2025).

Für die Analyse lokaler Demokratie ist zunächst eine begriffliche Präzisierung wichtig. Politische Partizipation beinhaltet alle Aktivitäten mit denen Bürger:innen versuchen, politische Entscheidungen zu beeinflussen (van Deth, 2009). Van Deth (2014) schlägt dazu Entscheidungsregeln vor, um politische Beteiligung systematisch von rein gesellschaftlichem Engagement abzugrenzen, ohne die Vielfalt partizipativer Handlungen zu reduzieren. In dieser Perspektive wird Partizipation als Bündel intendierter Aktivitäten verstanden, die auf die Beeinflussung politischer Entscheidungen, Akteure oder politischer Outputs abzielen und sowohl konventionelle als auch unkonventionelle Formen einschließen. Gerade in kommunalen Arenen ist diese Breite bedeutsam, weil hier häufig Mischformen aus formellen Verfahren (z. B. Anhörungen) und informellen Einflusswegen (z. B. lokale Öffentlichkeiten, Vereinsstrukturen) nebeneinander bestehen.

Ein Kernbefund des Ressourcenansatzes ist, dass politische Aktivität wesentlich von ungleich verteilten Ressourcen wie Zeit, Geld und „civic skills“ abhängt (Zapko-Willmes & Theocharis, 2025). Entsprechend zeigt Fung (2006), dass tendenziell diejenigen häufiger teilnehmen, die besser ausgebildet oder einkommensstärker sind. Zudem wird darauf hingewiesen, dass offene Beteiligungsangebote meist Selbstselektion unterliegen und die Teilnahme tendenziell von besser gestellten Bevölkerungsgruppen dominiert wird. Für Demokratieförderung folgt daraus, dass Teilhabe stärken nicht nur auf das Angebot setzen kann, sondern ebenso auf den Abbau von Barrieren und die Bereitstellung von Ressourcen und Mobilisierungsstrukturen, die Beteiligung für verschiedene Gruppen realisieren (Brady et al., 1995; Fung, 2006).

Dass Teilhabemöglichkeiten und soziale Unterstützungsstrukturen ungleich verteilt sind, zeigen empirische Untersuchungen. Eine aktuelle Studie zur Lebenssituation von LSBTIQA*-Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bayern (Heiligers et al., 2023) dokumentiert etwa hohe Diskriminierungsbelastungen und deutlich niedrigere Werte für Wohlbefinden sowie Resilienz im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung. Zugleich beobachtet sie signifikante Unterschiede zwischen Jugendlichen in Metropolen und in ländlichen Räumen. Queere Angebote und Beratungsinfrastrukturen sind in Städten deutlich besser ausgebaut, während ländliche Räume Defizite aufweisen. Neuere Forschung zum deutschen Kontext zeigt zudem, dass sich demokratische Innovationen verstärkt in Richtung inklusiver Beteiligungs- und Deliberationsgelegenheiten entwickeln, ohne jedoch automatisch mit substanziellem Einfluss auf politische Agenden oder Entscheidungen verbunden zu sein (Marx et al., 2026). Diese Befunde machen deutlich, dass lokale Teilhabe nicht nur von formalen Beteiligungsangeboten, sondern auch von sicheren, diskriminierungssensitiven sozialen Infrastrukturen abhängt. Funktionen wie Unterstützungszentren, queere Jugendgruppen oder bildungsbezogene Sensibilisierung tragen wesentlich dazu bei, dass sich marginalisierte Gruppen überhaupt am politischen Leben beteiligen können.

Die Forschungen zu Beteiligungsformaten betonen, dass demokratieförderliche Effekte maßgeblich vom institutionellen Design abhängen. Arnstein (1969) hat bereits aufgezeigt, dass unter dem Label Partizipation sehr unterschiedliche Machtverhältnisse stecken können. Entscheidend hierzu ist der Grad der realen Entscheidungs- und Einflussmöglichkeiten. Fung (2006) operationalisiert dies als mehrdimensionale Architektur. Wer beteiligt wird, wie kommuniziert und entschieden wird und wie stark die Ergebnisse an politische Entscheidungen gekoppelt sind. Empirische Studien zu lokalen Beteiligungsprojekten zeigen, dass Bürger:innen häufig in einer primär beratenden Rolle verbleiben, obwohl positive Folgen möglich sind (z. B. stärkeres Verantwortungsgefühl, gesteigertes Engagement) (Theuwis et al., 2025). Gleichzeitig weisen neuere Untersuchungen darauf hin, dass viele demokratische Innovationen (etwa Bürger:innenräte oder Planungszellen) vor allem inklusive Deliberation ermöglichen und dabei eine kleine Gruppe von Bürger:innen einbeziehen, während sie breite Mitsprache oder Entscheidungsgewalt selten verankern (Marx et al., 2026). Insgesamt deuten die Befunde darauf hin, dass partizipative Verfahren die politischen Einstellungen und Kompetenzen der Teilnehmenden stärken können, dass aber ihr Erfolg eng mit der konkreten Ausgestaltung und den Zielsetzungen verknüpft ist.

Für den Untersuchungsraum Landkreis Garmisch-Partenkirchen ergeben sich daraus klare Aufgaben. Es gilt, die lokalen Arenen, Institutionen und Verfahren politischer Teilhabe systematisch in ihren Einflussmöglichkeiten zu erfassen und zu analysieren, inwieweit ihre

Nutzung sozialen Selektionsprozessen folgt. Insbesondere muss geprüft werden, welche formellen Beteiligungsangebote bestehen (etwa Bürgerinitiativen, Planungsgremien, Wahlen), wie diese umgesetzt werden, und wie zugänglich sie für verschiedene Bevölkerungsgruppen sind. Dabei ist zu beachten, dass lokale Teilhabe nicht automatisch durch die räumliche Nähe zur Politik gegeben ist, sondern von den beschriebenen Faktoren (institutionelle Angebote, soziale Netzwerke, Ressourcen) abhängt (Zapko-Willmes & Theocharis, 2025; Fung, 2006). Ziel muss es sein, bestehende Strukturen so zu gestalten, dass sie inklusiv sind und reale Einflussmöglichkeiten bieten, statt lediglich symbolische Partizipation zu gewähren. Nur so kann sichergestellt werden, dass Teilhabechancen im Landkreis breit und sozial gerecht verteilt werden.

2.2 Herausforderungen für lokale Demokratie

Polarisierung gilt in der Demokratieforschung als ein Prozess, in dem gesellschaftliche Konfliktlinien so verdichtet werden, dass politische Gegnerschaft zunehmend als identitärer Antagonismus erlebt wird und damit demokratische Spielregeln, Kompromissfähigkeit und wechselseitige Anerkennung erodieren können (McCoy et al., 2018). Für lokale Demokratie ist dies besonders folgenreich, weil kommunale Politik auf kontinuierliche, häufig informelle Kooperation zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und Bevölkerung angewiesen ist und Konflikte schneller in dauerhafte Lagerbildungen übergehen können. Empirische Arbeiten zur affektiven Polarisierung zeigen, dass negative Emotionen gegenüber politischen Gegner:innen häufig stärker sozial-identitär als programmatisch begründet sind und dadurch die Bereitschaft sinkt, „andere“ als legitime Mitbürger:innen anzuerkennen (Iyengar et al., 2012). In lokalen Arenen wie Schule, Jugend(sozial)arbeit, Vereinswesen oder kommunalen Beteiligungsverfahren kann dies die Teilnahmemotivation, die Gesprächsbereitschaft und die Tragfähigkeit deliberativer Formate beeinträchtigen.

Demokratische Entscheidungsprozesse setzen eine Mindestbasis geteilter Faktenannahmen und die Möglichkeit zur Korrektur fehlerhafter Informationen voraus. Forschung zur „continued influence“ von Desinformation zeigt jedoch, dass Fehlüberzeugungen auch nach Richtigstellungen fortwirken können und Korrekturen unter bestimmten Bedingungen nur begrenzt greifen, was die Qualität politischer Urteilsbildung unterminiert (Lewandowsky et al., 2012). Übersichtsarbeiten zur Verbreitung von „fake news“ betonen zudem, dass digitale Informationsumgebungen Anreize für aufmerksamkeitsbasierte, emotionalisierte und teilweise irreführende Inhalte schaffen; dies kann Polarisierung verstärken und Vertrauen in Institutionen sowie Medien insgesamt schwächen (Lazer et al., 2018). Für lokale Demokratieförderung folgt daraus, dass Konflikte

nicht nur um Interessen, sondern zunehmend auch um Deutungen, Quellenvertrauen und Legitimitätszuschreibungen geführt werden.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird in der Forschung als syndromhafte Verknüpfung unterschiedlicher Abwertungen verstanden, die über gemeinsame Muster der Ungleichwertigkeitsvorstellungen zusammenhängen und demokratische Inklusionsnormen strukturell herausfordern (Zick et al., 2025). Solche Orientierungen können lokal Teilhabechancen und Sicherheitswahrnehmungen bestimmter Gruppen in öffentlichen Räumen, Vereinen oder Bildungssettings beeinträchtigen und damit tragende Ressourcen demokratischer Gemeinwesen (z. B. Zugehörigkeit, Anerkennung, Schutz vor Diskriminierung) schwächen. Für die Problemwahrnehmung relevante Ergänzung dokumentiert die Mitte-Studie 2024/25 (repräsentative CATI-Befragung; n = 2.001; Erhebung 30.05.–04.07.2025) persistente Zustimmungsmuster zu Elementen gruppenbezogener Abwertung (u. a. Rassismus, Antisemitismus, Hetero-/Sexismus, Klassismus) und ordnet diese zugleich als weiterhin gesellschaftlich „verwurzelt“ ein. Damit liefert sie Hinweise darauf, dass lokale Demokratieförderung nicht allein Beteiligungsangebote ausweiten, sondern auch mit Abwertungs- und Exklusionsdynamiken rechnen muss, die zivilgesellschaftliche Kooperation und Zugehörigkeit unter Druck setzen (Zick et al., 2025).

Polarisierung, Desinformation und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entfalten demokratieschädliche Wirkungen besonders dann, wenn sie mit sinkendem Vertrauen in Institutionen und einer wachsenden Akzeptanz illiberaler Demokratievorstellungen zusammenfallen. Die Mitte-Studie 2024/25 berichtet eine deutliche Problematisierung von Demokratievertrauen und -zufriedenheit sowie das Vorhandensein illiberaler Demokratievorstellungen in relevanten Bevölkerungsanteilen. Auch wenn diese Befunde nicht als lokale Kennzahlen des Landkreises interpretiert werden dürfen, markieren sie ein gesellschaftliches Hintergrundrauschen, das kommunale Akteur:innen in Beteiligungs-formaten, politischer Bildung und Konfliktbearbeitung mitprägen kann. Aus demokratietheoretischer Sicht erhöhen solche Konstellationen das Risiko, dass politische Konflikte nicht mehr entlang pluralistischer Regeln bearbeitet werden, sondern in Forderungen nach autoritärer „Durchsetzung“ oder exkludierender Mehrheitslogik kippen (McCoy et al., 2018).

Für die Situations- und Ressourcenanalyse im Landkreis Garmisch-Partenkirchen folgt daraus eine problemorientierte Heuristik. Erstens sind Konfliktlagen und Kommunikationsdynamiken zu erfassen, in denen Polarisierung und Desinformation lokale Aushandlung und Kooperation erschweren (Iyengar et al., 2012; Lazer et al., 2018; Lewandowsky et al., 2012). Zweitens ist zu rekonstruieren, ob und wie Abwertungs- und Exklusionsmuster als GMF-artige Syndromstrukturen in lokalen Arenen wirksam werden und

welche Schutz- bzw. Resilienzfaktoren vorhandene Netzwerke bereitstellen (Zick et al., 2025). Drittens ist die institutionelle Anschlussfähigkeit von Demokratieförderung zu prüfen, weil kollaborative Problemlösung auf Vertrauen, faire Verfahren und die Anerkennung demokratischer Spielregeln angewiesen bleibt (Ansell & Gash, 2008). Eine qualitativ-multiperspektivische Erhebung kann diese Mechanismen kontextsensibel sichtbar machen und ist damit eine angemessene Grundlage für ein bedarfsorientiertes Handlungskonzept.

2.3 Ressourcen, Netzwerke und Schutzfaktoren

Lokale Demokratieförderung ist nicht nur von formalen Beteiligungsangeboten abhängig, sondern ebenso von einer tragfähigen Ressourcenbasis, die Akteur:innen befähigt, Konflikte zu bearbeiten, Zielgruppen zu erreichen und Maßnahmen verlässlich umzusetzen. In der Governance- und Kollaborationsforschung wird hierfür betont, dass komplexe öffentliche Problemlagen häufig nur durch organisations- und sektorübergreifende Zusammenarbeit bearbeitet werden können, bei der Informationen, Ressourcen, Aktivitäten und Fähigkeiten gebündelt werden (Bryson et al., 2006). Für die Analyse lokaler Demokratieförderung ist daher die Frage zentral, welche finanziellen, personellen und organisationalen Kapazitäten vorhanden sind und wie diese in gemeinsame Handlungsfähigkeit übersetzt werden. Ein integratives Modell kollaborativer Governance beschreibt diese Übersetzungsleistung als „capacity for joint action“, die u. a. von Ressourcen, institutionellen Arrangements und geteiltem Wissen abhängt (Emerson et al., 2012).

Ressourcen werden in der Praxis vielfach über Netzwerke mobilisiert. Lokale Demokratieförderung entsteht typischerweise als Kooperationssystem zwischen Verwaltung, Trägern, Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Für solche interorganisationalen Netzwerke unterscheiden Provan und Kenis (2008) drei grundlegende Governance-Formen (shared governance, lead organization, network administrative organization) und formulieren Bedingungen, unter denen diese Formen eher effektiv sind (z. B. in Relation zu Vertrauen, Teilnehmerzahl, Zielkonsens und Koordinationsbedarf). Für eine Ressourcenanalyse ist folglich nicht nur ob Kooperation existiert relevant, sondern wie sie gesteuert wird, welche Koordinationslasten entstehen und welche strukturellen Spannungen (z. B. Effizienz vs. Inklusion) bearbeitet werden müssen. Als Schutzfaktoren werden in verwandten Forschungssträngen insbesondere soziale Infrastruktur und Netzwerkressourcen diskutiert. In der Resilienzforschung wird hervorgehoben, dass soziale Netzwerke und Sozialkapital die kollektive Bewältigung von Krisen unterstützen können und damit eine zentrale Ressource auf Gemeinschaftsebene darstellen (Aldrich & Meyer, 2015).

Für die Situations- und Ressourcenanalyse folgt daraus, dass neben Problem- und Konfliktlagen systematisch die vorhandenen Ressourcen- und Netzwerkstrukturen zu

erfassen sind. Welche Akteur:innen sind bereits verbunden, welche Governance-Form trägt die Kooperation, und wo fehlen Ressourcen für Koordination, Moderation und gemeinsame Umsetzung (Provan & Kenis, 2008)? Gleichzeitig sind Prozessbedingungen kollaborativer Arbeit (z. B. Vertrauensaufbau, Dialogfähigkeit, Umgang mit Macht-/Ressourcenasymmetrien) als potenzielle Schutz- bzw. Risikofaktoren mitzudenken, weil sie wesentlich bestimmen, ob Netzwerke belastbar sind und ob „gemeinsame Handlungsfähigkeit“ entsteht (Ansell & Gash, 2008).

2.4 Bedarfe und Konsequenzen für ein Handlungskonzept

Aus den bisher dargestellten Befunden lassen sich für die lokale Demokratieförderung im Landkreis Garmisch-Partenkirchen mehrere praxisbezogene Anforderungen an ein Handlungskonzept ableiten. Die Literatur zu Governance, Kooperation und institutioneller Handlungsfähigkeit legt nahe, dass lokale Kooperationsprozesse auf verlässliche Rahmenbedingungen, transparente Abstimmungen und hinreichende Planungssicherheit angewiesen sind, um tragfähig agieren zu können (Ansell & Gash, 2008; Bryson et al., 2006; Emerson et al., 2012). Diese allgemeine Einsicht lässt sich auf die im Projektkontext geschilderten Herausforderungen übertragen. Insbesondere verzögerte Förderentscheidungen und unsichere zeitliche Abläufe können die Arbeitsfähigkeit lokaler Akteur:innen beeinträchtigen, weil sie Abstimmungsprozesse erschweren, personelle Ressourcen binden und die Vorbereitung gemeinsamer Aktivitäten behindern.

Für den vorliegenden Untersuchungskontext ist dieser Punkt vor allem als praxisbezogene Schlussfolgerung relevant. Die im Austausch mit der Praxis geschilderten Folgen verzögerter Entscheidungen, etwa verschobene Projektstarts, personelle Unsicherheiten und Frustration bei ehrenamtlich Engagierten, deuten darauf hin, dass fehlende Planungssicherheit nicht nur organisatorische Probleme erzeugt, sondern auch die Kontinuität lokaler Zusammenarbeit belasten kann (Kerschbaumer, 2026). Ergänzend verweist die Literatur darauf, dass stabile Netzwerke und belastbare Koordinationsstrukturen insbesondere in fragilen oder ressourcenarmen lokalen Kontexten eine wichtige Voraussetzung dafür sind, kollektive Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten (Aldrich & Meyer, 2015; Emerson et al., 2012).

Vor diesem Hintergrund sollte ein Handlungskonzept für den Landkreis Garmisch-Partenkirchen nicht nur inhaltliche Maßnahmen der Demokratieförderung formulieren, sondern ebenso die institutionellen und organisatorischen Voraussetzungen ihrer Umsetzung berücksichtigen. Dazu zählen insbesondere nachvollziehbare Zeitstrukturen, frühzeitige Kommunikation relevanter Verfahrensschritte sowie die rechtzeitige Einbindung zentraler lokaler Akteur:innen, damit Räume, Personalressourcen und Kooperationen verlässlich vorbereitet werden können. In diesem Sinne erscheint Planungssicherheit

weniger als eigenständiger theoretischer Kernbefund denn als praxisrelevante Umsetzungsbedingung, die sich aus der Verbindung von Literaturbefunden und projektbezogenen Erfahrungen ergibt. Wird diese Bedingung nicht ausreichend berücksichtigt, besteht das Risiko, dass lokale Initiativen erschwert anlaufen, Kooperationsbeziehungen belastet werden und Vertrauen in Förder- und Beteiligungsstrukturen sinkt (Ansell & Gash, 2008; Emerson et al., 2012).

3. Ableitung der empirischen Fragestellung

Die vorangegangene Literaturdiskussion zeigt, dass lokale Demokratieförderung als mehrdimensionales Handlungsfeld zu verstehen ist, in dem Fragen politischer Teilhabe, sozial ungleicher Zugänge, Polarisierungs- und Desinformationsdynamiken, gruppenbezogener Abwertung sowie vorhandener Ressourcen und Netzwerkstrukturen eng miteinander verknüpft sind. Für die Entwicklung eines bedarfsorientierten Handlungskonzepts reicht es daher nicht aus, einzelne Beteiligungsangebote isoliert zu betrachten. Vielmehr ist zu rekonstruieren, wie lokale Akteur:innen die demokratische Situation im Landkreis wahrnehmen, welche Problemlagen sie beobachten, welche Ressourcen und Schutzfaktoren bereits vorhanden sind und wo konkrete Handlungs- und Unterstützungsbedarfe bestehen. Vor diesem Hintergrund lautet die zentrale empirische Fragestellung der vorliegenden Arbeit: *Welche lokalen Herausforderungen, Ressourcen und Bedarfe der Demokratieförderung nehmen zentrale Akteur:innen im Landkreis Garmisch-Partenkirchen wahr, und welche Ansatzpunkte ergeben sich daraus für die Entwicklung eines bedarfsorientierten Handlungskonzepts?*

Die empirische Fragestellung ist damit nicht hypothesenprüfend, sondern explorativ und anwendungsorientiert angelegt. Die vorliegende Arbeit beansprucht damit nicht, die gesamte Situations- und Ressourcenanalyse des Projekts abzubilden, sondern konzentriert sich auf einen spezifischen Teilbereich, nämlich die qualitative Erfassung der Perspektiven zentraler lokaler Akteur:innen. Sie folgt der Logik des Projekts, wonach unterschiedliche Perspektiven aus dem Landkreis qualitativ zusammengeführt werden sollen, um lokale Herausforderungen, Ressourcen und Bedarfe sichtbar zu machen und daraus ein belastbares Handlungskonzept abzuleiten.

4. Methodische Vorgehensweise

Die vorliegende Arbeit folgt einem qualitativen, explorativen Forschungsdesign. Ziel ist nicht die standardisierte Messung einzelner Variablen, sondern die kontextsensible Rekonstruktion von Wahrnehmungen, Erfahrungen und Einschätzungen zentraler lokaler Akteur:innen in Bezug auf Demokratieförderung im Landkreis Garmisch-Partenkirchen. Dieses Vorgehen ist angemessen, da die aus der Literatur abgeleitete Forschungsfrage auf

die Erfassung komplexer lokaler Herausforderungen, Ressourcen, Bedarfe und Kooperationszusammenhänge zielt und damit ein vertieftes Verständnis subjektiver Deutungen sowie institutioneller und sozialräumlicher Kontexte erfordert. Auch der Projektaufbau selbst ist qualitativ und partizipativ angelegt und sieht die Einbeziehung unterschiedlicher lokaler Perspektiven vor. Außerdem sind die Interviews als nur ein Baustein innerhalb des Gesamtprojekts zu verstehen.

Das Untersuchungsfeld bildet der Landkreis Garmisch-Partenkirchen. Im Zentrum stehen Akteur:innen, die in ihrem jeweiligen Arbeits- oder Wirkungsbereich mit Fragen demokratischer Teilhabe, gesellschaftlichen Zusammenhalts, Konfliktlagen und lokaler Unterstützungsstrukturen befasst sind. Die Auswahl der Interviewpartner:innen erfolgte gezielt auf Basis einer von der Ansprechpartnerin der Partnerschaft für Demokratie „Demokratie leben!“ bereitgestellten Liste relevanter lokaler Akteur:innen. Das Sampling orientierte sich damit an der inhaltlichen Relevanz der Fälle für die Forschungsfrage und folgt der Logik eines Relevance Samplings, bei dem informationsreiche Personen mit besonderem Bezug zum Untersuchungsgegenstand ausgewählt werden (Krippendorff, 2004). Ziel war es, unterschiedliche, für die Demokratieförderung im Landkreis Garmisch-Partenkirchen zentrale Perspektiven in die Analyse einzubeziehen.

Die Datenerhebung erfolgt primär über leitfadengestützte qualitative Interviews. Diese Erhebungsform ermöglicht es, vorab definierte Themenbereiche systematisch anzusprechen und zugleich offen für individuelle Schwerpunktsetzungen, Erfahrungsbeispiele und Deutungsmuster der Befragten zu bleiben. In Anlehnung an das problemzentrierte Interview nach Witzel (2000) wird damit ein Verfahren gewählt, das sowohl Struktur als auch Offenheit verbindet und sich besonders für die Untersuchung komplexer gesellschaftlicher Problemstellungen eignet. Der eingesetzte Interviewleitfaden ist thematisch in mehrere Blöcke gegliedert (vgl. Anhang). Ziel ist es, persönliche Einschätzungen, Erfahrungen und Wahrnehmungen aus der jeweiligen Rolle der Befragten im Landkreis zu erfassen. Der Leitfaden sieht eine Interviewdauer von etwa 30 bis 60 Minuten vor. Die Interviews werden mit Einverständnis der befragten Personen digital aufgezeichnet, vollständig transkribiert und anschließend pseudonymisiert. Die Teilnahme ist freiwillig; Fragen können übersprungen und Gespräche jederzeit beendet werden. Die Speicherung und Verarbeitung der Daten erfolgt vertraulich und DSGVO-konform. Diese Verfahrensweise entspricht den im Interviewleitfaden festgelegten datenschutzrechtlichen und forschungsethischen Standards. Die Auswertung erfolgt mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2014, 2015). Ziel der Auswertung ist es, wiederkehrende Muster, Problemwahrnehmungen, Ressourcenlagen, Kooperationslogiken und Handlungsbedarfe systematisch herauszuarbeiten und für die Entwicklung eines bedarfsorientierten Handlungskonzepts nutzbar zu machen.

Ergänzend ist das Gesamtprojekt offen für weitere qualitative Erhebungsformate wie Stakeholder-Workshops, Streetworker-Events sowie kurze Haustür- oder Straßengespräche. Im Zentrum des vorliegenden Arbeitsschritts stehen jedoch die leitfadengestützten Interviews als zentrales Instrument der vertieften Datenerhebung.

5. Empirische Ergebnisse

Im Folgenden werden die Befunde der sechs leitfadengestützten Interviews dargestellt. Die Darstellung folgt der im Methodenteil beschriebenen qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2014, 2015) und ist entlang des deduktiv entwickelten Kategoriensystems gegliedert. Zunächst werden die Informationsquellen beschrieben, anschließend werden die Ergebnisse kategoriengeleitet zusammengefasst und mit indirekten sowie ausgewählten direkten Interviewziten belegt. Direkte Zitate sind mit dem Fall-Code und der jeweiligen Zeilennummer des Transkripts ausgewiesen (z. B. Int6, Z. 40–43). Eine Interpretation der Befunde erfolgt nicht in diesem Kapitel, sondern in der anschließenden Diskussion.

5.1 Beschreibung der Informationsquellen

Befragt wurden sechs Schlüsselakteur:innen, deren Auswahl der im Methodenteil dargelegten Logik des Relevance Samplings (Krippendorff, 2004) folgte. Die Interviews dauerten zwischen rund 18 und 30 Minuten und wurden zwischen dem 7. April und dem 21. Mai 2026 überwiegend per Microsoft Teams, in zwei Fällen telefonisch geführt. Tabelle 1 fasst die Merkmale der Befragten zusammen. Das Sample deckt die zentralen im Projekt vorgesehenen Perspektiven ab: Verwaltung, Jugend(sozial)arbeit, Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörde; der Bildungsbereich ist nicht durch eine eigene Lehrkraft, sondern indirekt über die Schilderungen der Befragten zu schulischen Kooperationen vertreten.

Tab. 1: Übersicht der interviewten Personen (eigene Darstellung).

Fall-Code	Rolle / Funktion	Sektor	Setting / Datum	Soziodemografie
Int1_LD_F_32_D	Streetwork	Jugend(sozial)arbeit	Teams, 07.04.2026	weiblich, 32 J., Bachelor
Int2_LD_M_35_D	Päd. Fachkraft Jugendzentrum & Gemeindejugendpflege	Jugend(sozial)arbeit / Verwaltung	Teams, 16.04.2026	männlich, 35 J.
Int3_LD_M_51_D	Sachgebietsleiter Amt für Kinder, Jugend und Familie	Verwaltung	Teams, 16.04.2026	männlich, 51 J.
Int4_LD_M_27_D	Jugendsprecher Naturfreunde, Delegierter Kreisjugendring	Zivilgesellschaft	Teams, 29.04.2026	männlich, 27 J.

Fall-Code	Rolle / Funktion	Sektor	Setting / Datum	Soziodemografie
Int5_LD_H_61_D	Leiter einer Polizeiinspektion	Sicherheitsbehörde	Telefon, 22.04.2026	männlich, 61 J.
Int6_LD_M_71_D	Vorsitzender Partnerschaft für Demokratie, ehem. stv. Landrat	Verwaltung / Politik	Telefon, 21.05.2026	männlich, 71 J.

Die Befragten teilen einen ausgeprägten Fokus auf Kinder und Jugendliche als zentrale Zielgruppe lokaler Demokratieförderung; lediglich der Vertreter der Sicherheitsbehörde (Int5) sowie der Vorsitzende der Partnerschaft für Demokratie (Int6) ordnen ihre Aussagen stärker in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen ein. Die folgende Ergebnisdarstellung ist nach den drei Hauptkategorien des Kodierleitfadens (1) Lokale Demokratie, (2) Ressourcen und Bedarfe sowie (3) Kooperation, Zielgruppenansprache und Wirkung samt der zugehörigen Subkategorien strukturiert.

5.2 Lokale Demokratie

5.2.1 Rolle und Kontext

Die Befragten verorten sich in unterschiedlichen institutionellen Kontexten, die jeweils einen eigenen Zugang zu jungen Menschen eröffnen. Die Streetworkerin beschreibt aufsuchende Arbeit mit Jugendlichen, die aus den klassischen Strukturen der sozialen Arbeit herausfallen, und versteht sich primär als Vermittlerin zwischen Jugendlichen und Institutionen (Int1, Z. 4–9, 34). Der Vertreter des Jugendzentrums verbindet eine pädagogische Funktion mit dem kommunalpolitischen Mandat der Gemeindejugendpflege und nennt die Stärkung von Beteiligung auf Gemeindeebene als zentrales Anliegen (Int2, Z. 4–12). Der Sachgebietsleiter des Jugendamts ordnet seine Rolle ausdrücklich über die reine Verwaltung hinaus ein; Jugendämter sollten auf die Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und Familien generell Einfluss nehmen (Int3, Z. 9–12). Der Jugendsprecher der Naturfreunde ist über Kreis-, Bezirks- und Landesebene jugendverbandlich vernetzt (Int4, Z. 3–12). Der Polizeiinspektionsleiter beschreibt seine Aufgabe als Schutz demokratischer Werte unter strikter Neutralität (Int5, Z. 4–19), und der Vorsitzende der Partnerschaft für Demokratie (PfD) schildert eine vom Amt unabhängige, vom Gremium gewählte Leitungsfunktion mit den Bündnistreffen als zentraler Arbeitsform (Int6, Z. 4–20).

5.2.2 Demokratie und Teilhabe vor Ort

Über die Fälle hinweg zeigt sich ein wiederkehrendes Muster: Beteiligungsformate und Institutionen seien grundsätzlich vorhanden, erreichten Kinder und Jugendliche aber nicht von selbst. Der Sachgebietsleiter formuliert dies pointiert: Die Formate seien

vorhanden, aber ein bisschen weit weg von Kindern und Jugendlichen; ohne aktive Unterstützung blieben sie bloße Instrumente, die theoretisch vielleicht vorhanden sind, aber praktisch einfach nicht genutzt werden (Int3, Z. 41–46). Als funktionierende Orte werden übereinstimmend Jugendzentren und -treffs sowie die Kinder- und Jugendvertretungen in Murnau und Garmisch-Partenkirchen genannt (Int2, Z. 47–55; Int3, Z. 51–54; Int6, Z. 70–72). Mehrere Befragte betonen, dass Beteiligung reale Mitbestimmung voraussetze; ein Jugendparlament, das nur zuhören dürfe, verliere recht schnell an Interesse (Int3, Z. 54–58), und Jugendliche dürften nicht als Alibifunktion dienen (Int6, Z. 27–28). Vereine werden als traditionell demokratisch strukturierte und gut funktionierende Beteiligungsräume beschrieben (Int2, Z. 65–69; Int4, Z. 55–67).

Hinsichtlich der Frage, wer sich beteiligt, herrscht Einigkeit, dass vor allem Erwachsene und ohnehin Interessierte teilnehmen. Der Jugendzentrumsvertreter stellt fest, es beteiligten sich vor allem Erwachsene, und diese würden immer älter (Int2, Z. 37–58). Die Streetworkerin nimmt bei ihrer Zielgruppe eine Passivität und fehlenden Zugang wahr (Int1, Z. 44–51), während der Polizeiinspektionsleiter beklagt, Jugendliche setzten sich viel zu wenig für Demokratie ein (Int5, Z. 41–43). Als niedrigschwellig wirksame Formate nennt die Streetworkerin Festivals, Konzerte und Box-Events gegenüber klassischen Dialogformaten (Int1, Z. 72–76).

5.2.3 Herausforderungen: Polarisierung, Desinformation, Extremismus

Als gesellschaftliche Spannungen werden in den Interviews mehrere, teils sektorspezifische Phänomene benannt. Rechtsextreme Aktivitäten werden mehrfach konkret beschrieben: der Vorsitzende der PfD berichtet von Aufklebern und Kleingruppen wie dem Dritten Weg, die gezielt 14- bis 16-Jährige ansprechen, von denen sich einige verfangen (Int6, Z. 99–106). Der Polizeiinspektionsleiter schildert eine eskalierte AfD-Wahlkampfveranstaltung, bei der die Polizei mit leichter körperlicher Gewalt habe eingreifen müssen und Anzeigen gegen beide Seiten erstattet wurden (Int5, Z. 23–29). Im Jugendzentrum werden zunehmend offen vorgetragene rechtsextreme Äußerungen und Taten an Schulen wahrgenommen, die geduldeter sind als früher (Int2, Z. 27–29, 64–67). Die Streetworkerin verweist auf Spannungen entlang von Migrationshintergrund und eine krasse Spaltung zwischen den Gesellschaften zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen (Int1, Z. 79–88).

Als übergreifende Herausforderung werden die sozialen Medien benannt. Der PfD-Vorsitzende sieht in ihnen einen Treiber einer konsumierenden, wenig reflektierten und systemkritischen Haltung Jugendlicher (Int6, Z. 106–113). Der Sachgebietsleiter beschreibt ein Aufeinanderprallen der Welten von enttäuschten bzw. abgehängten und liberalen Bevölkerungsteilen und berichtet, dass Kinder und Jugendliche bei der letzten U18-Wahl

erstaunlich viel AfD gewählt hätten (Int3, Z. 84–98). Der Jugendsprecher nennt Rechtsruck und die Wehrpflichtdebatte als akuteste Themen (Int4, Z. 28–30). Mehrere Befragte verweisen zudem auf die demografische Alterung und den touristischen Charakter des Landkreises als strukturelle Konfliktfaktoren, durch die junge Menschen zahlenmäßig in die Minderheit gerieten (Int2, Z. 101–108; Int3, Z. 99–108).

5.3 Ressourcen und Bedarfe der Demokratieförderung

5.3.1 Ressourcen, Schutzfaktoren und Good Practice

Als bestehende, demokratiestärkende Strukturen werden über die Fälle hinweg konsistent dieselben Akteure genannt: die kommunale Jugendarbeit, der Kreisjugendring, die Partnerschaft für Demokratie sowie die Jugendzentren (Int1, Z. 97–121; Int3, Z. 111–117; Int4, Z. 51–54; Int6, Z. 80–82). Die Streetworkerin hebt zusätzlich das Werdenfels Bündnis als wichtigen zivilgesellschaftlichen Akteur hervor, der antifaschistische Bildungs- und Vortragsarbeit leistet (Int1, Z. 99–113). Als konkrete Good-Practice-Beispiele werden ausgezeichnete Schulen genannt: die als Schule ohne Rassismus ausgezeichnete Mittelschule und das Gymnasium in Murnau (Int6, Z. 145–148). Der PfD-Vorsitzende verweist überdies auf etablierte Strukturen wie Jugendbeauftragte, das Jugendforum und das neu eingerichtete Demokratiereferat in Murnau (Int6, Z. 70–82). Der Polizeiinspektionsleiter kennt das landratsamtlich koordinierte Bündnis, beschreibt seine Struktur jedoch nur begrenzt (Int5, Z. 93–97).

Die Einschätzung der Ressourcenausstattung fällt unterschiedlich aus. Der Sachgebietsleiter bewertet die Ausstattung aktuell als relativ gut (Int3, Z. 118–122), während die Streetworkerin als entscheidende Lücke selbstbestimmte, von Jugendlichen geleitete offene Räume benennt, etwa ein unabhängiges Jugendcafé oder ein Tonstudio (Int1, Z. 126–135). Der PfD-Vorsitzende betont die finanzielle Förderung als knappe Schlüsselressource und verweist darauf, dass Städte wie Nürnberg oder Würzburg nicht mehr gefördert würden, weshalb man im Jahresrhythmus denken müsse (Int6, Z. 120–127).

5.3.2 Bedarfe und Impulse für ein Handlungskonzept

Bei den prioritären Bedarfen lassen sich mehrere Schwerpunkte erkennen. Mehrere Befragte benennen politische Bildung und Medienkompetenz als zentrale Aufgabe: Der Jugendsprecher nennt Allgemeinwissen über Demokratie sowie den Umgang mit Meinungsbildung, Fake News und der Informationsflut als zwei wichtigste Prioritäten (Int4, Z. 67–76). Der Polizeiinspektionsleiter schlägt ein Schulfach Demokratie vor (Int5, Z. 107–108). Als besonders zu erreichende Zielgruppen werden benachteiligte Kinder und Jugendliche sowie untere Bildungsschichten (Int3, Z. 124–128), die Altersgruppe der 14- bis 27-Jährigen (Int1, Z. 137–143) sowie ländliche Ortsteile genannt; hinsichtlich Mobilität verweist der

Jugendzentrumsvertreter zugleich auf Verbesserungen durch den blauen Landbus (Int2, Z. 213–218). Als strategische Priorität nennt der PfD-Vorsitzende den Ausbau von Kooperationen über die bestehenden Partner hinaus auf Verbände, Firmen und heimatverbundene Vereine, da dieses Netzwerk noch rudimentär sei (Int6, Z. 127–137). Der Polizeiinspektionsleiter sieht zudem die Geschlossenheit der demokratischen Parteien als Voraussetzung (Int5, Z. 114–122).

5.4 Kooperation, Zielgruppenansprache und Wirkung

5.4.1 Zusammenarbeit und Schnittstellen

Die Einschätzungen zum Vernetzungsgrad fallen heterogen aus. Der Sachgebietsleiter beschreibt die Vernetzung als durch die vorhandenen Institutionen gegeben und insgesamt gut, relativiert sehr gut jedoch als übertrieben (Int3, Z. 133–139). Der Jugendzentrumsvertreter berichtet von sehr guter gemeindeinterner Zusammenarbeit, benennt aber Schwierigkeiten in Richtung Schulamt und Landratsamt sowie einen holprigen Draht zur kommunalen Jugendarbeit (Int2, Z. 255–283). Demgegenüber sieht die Streetworkerin die Vernetzung teils als nicht vorhanden und führt dies auf eine Konkurrenzhaltung um Mittel zurück, die durch die finanzielle Ausstattung des Landkreises noch begünstigt werde (Int1, Z. 148–162). Der Jugendsprecher bewertet die Vernetzung als eher Mittel und nennt den ehrenamtlichen Aufwand als zentrale Hürde (Int4, Z. 105–112). Der Polizeiinspektionsleiter beschreibt die behördeninterne Vernetzung über persönliche Kontakte hingegen als sehr gut (Int5, Z. 162–176).

5.4.2 Erreichbarkeit und Ansprache

Ein zentraler, fallübergreifender Befund ist, dass bestehende Angebote vor allem bereits Interessierte erreichen. Der Polizeiinspektionsleiter formuliert, man erreiche nur die, die sowieso schon interessiert sind (Int5, Z. 188–198). Der PfD-Vorsitzende beschreibt den Zugang zu Schulen als selektiv über engagierte Lehrkräfte und einen Schneeballeffekt bereits engagierter Schüler:innen; ein flächendeckend aufsuchendes Vorgehen funktioniert nicht (Int6, Z. 154–172). Beim Stellenwert der digitalen Ansprache zeigen sich unterschiedliche Akzente: Der PfD-Vorsitzende setzt vorrangig auf persönlichen Kontakt und Printmedien und erkennt Social Media als ausbaufähige Lücke an (Int6, Z. 180–195). Die Streetworkerin kritisiert demgegenüber, Social Media und Internet würden als Zugang total ausgeblendet, obwohl sie für junge Menschen zentral seien (Int1, Z. 173–185). Der Polizeiinspektionsleiter verweist auf generationale Unterschiede in der Mediennutzung, benennt aber keine konkrete Lösung (Int5, Z. 201–208). Der Jugendzentrumsvertreter beschreibt einen vorhandenen Social-Media-Auftritt, betont jedoch den Vorrang der analogen Präsenzarbeit (Int2, Z. 233–250).

5.4.3 Indikatoren für Erfolg

Die genannten Erfolgsindikatoren lassen sich grob in beteiligungs-, wahl- und projektbezogene Maßstäbe unterteilen. Der Sachgebietsleiter und der Jugendsprecher nennen die U18-Wahlen bzw. deren Beteiligung und sinkende Zustimmungswerte für radikale Parteien als Indikator (Int3, Z. 153–166; Int4, Z. 141–148). Der PfD-Vorsitzende macht Erfolg an Zahl, thematischer Breite und öffentlicher Annahme der geförderten Projekte fest (Int6, Z. 197–215). Der Jugendzentrumsvertreter und die Streetworkerin verorten Erfolg demgegenüber in der eigenen Praxis: daran, dass Kinder und Jugendliche präsenter würden, eigene Anträge und Projekte einbrächten und wüssten, wohin sie sich wenden könnten (Int2, Z. 286–302; Int1, Z. 193–205). Der Polizeiinspektionsleiter sieht sichtbare öffentliche Beteiligung – wenn wieder mehr Leute auf die Straße gehen – als wichtigsten Hinweis und hält zusätzliche Daten für entbehrlich (Int5, Z. 211–219). Als Risiken für Fortschritte werden populistische Online-Kommunikation (Int5, Z. 221–227) sowie ein Übermaß an Social Media, KI und Informationsflut benannt (Int4, Z. 155–161).

5.5 Ergänzende Hinweise der Befragten

In den Abschlussfragen formulierten mehrere Befragte normative Appelle und benannten weitere Ansprechpersonen. Der PfD-Vorsitzende und der Polizeiinspektionsleiter betonten übereinstimmend eine klare, überparteiliche Haltung gegen jede Form von Extremismus; Demokratie sei nicht verhandelbar (Int6, Z. 240–242; Int5, Z. 231–237). Der Jugendsprecher hob hervor, Demokratie sei eine super coole Errungenschaft, für die einzustehen sich lohne (Int4, Z. 164–170). Als weitere Interviewpartner:innen wurden wiederholt der Kreisjugendring, die kommunale Jugendarbeit sowie Vertreter:innen der Partnerschaft für Demokratie genannt (Int1, Z. 215–228; Int3, Z. 181–186; Int4, Z. 171–176).

6. Diskussion und Ausblick

6.1 Zusammenfassung von Literatur und empirischen Befunden

Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit war die Beobachtung, dass lokale Demokratieförderung ein mehrdimensionales Handlungsfeld bildet, in dem politische Teilhabe, sozial ungleiche Zugänge, Polarisierungs- und Desinformationsdynamiken, gruppenbezogene Abwertung sowie vorhandene Ressourcen- und Netzwerkstrukturen ineinandergreifen (Ansell & Gash, 2008; McCoy et al., 2018; van Deth, 2014; Zick et al., 2008). Vor diesem Hintergrund wurde gefragt, welche lokalen Herausforderungen, Ressourcen und Bedarfe der Demokratieförderung zentrale Akteur:innen im Landkreis Garmisch-Partenkirchen wahrnehmen und welche Ansatzpunkte sich daraus für ein bedarfsorientiertes Handlungskonzept ergeben.

Die sechs leitfadengestützten Interviews verdichten sich zu einem konsistenten Gesamtbild: Beteiligungsformate und Institutionen sind im Landkreis grundsätzlich vorhanden, erreichen Kinder und Jugendliche jedoch nicht von selbst und bleiben ohne aktive Begleitung wirkungsarm. Als Herausforderungen werden rechtsextreme Ansprache Jugendlicher, sozialräumliche Spaltungen, die demografische Alterung sowie die Rolle sozialer Medien benannt. Als Ressourcen erscheinen etablierte Strukturen wie der Kreisjugendring, die kommunale Jugendarbeit, die Partnerschaft für Demokratie und zivilgesellschaftliche Bündnisse, während die Vernetzung dieser Akteure heterogen und teils durch Konkurrenz geprägt bewertet wird. Bestehende Angebote erreichen vorrangig bereits interessierte und engagierte junge Menschen (vgl. 5. Empirische Ergebnisse). Die folgende Diskussion verknüpft diese Befunde mit dem eingangs dargestellten Forschungsstand, ergänzt ihn um weiterführende Literatur und stellt die Ergebnisse nicht erneut dar.

6.2 Gemeinsamkeiten, Widersprüche und mögliche Erklärungen

6.2.1 *Teilhabe als Frage der Passung und der realen Mitbestimmung*

Der fallübergreifende Befund, dass formale Beteiligungsangebote vorhanden, aber „ein bisschen weit weg von Kindern und Jugendlichen“ seien (vgl. Int3), deckt sich mit der theoretischen Erwartung. Bereits Arnstein (1969) und Fung (2006) betonen, dass demokratieförderliche Effekte weniger vom bloßen Vorhandensein eines Formats als vom Grad realer Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten abhängen. Die wiederholt formulierte Warnung vor einer „Alibifunktion“ (vgl. Int6) bzw. vor Gremien, die nur zuhören dürfen und dadurch rasch an Interesse verlieren (vgl. Int3), lässt sich an die jüngere Partizipationsforschung anschließen: Lundy (2018) verortet Tokenismus nicht in der Beteiligung der Kinder selbst, sondern in der Absicht der Erwachsenen, und identifiziert die Qualität der Rückmeldung als entscheidend dafür, ob Beteiligung über symbolische Formen hinausgelangt. Ein Scoping Review zu kommunalen Jugendräten kommt entsprechend zu dem Schluss, dass deren dokumentierte Wirkung sich überwiegend auf individuelle Kompetenzgewinne beschränkt, während belastbarer Einfluss auf kommunale Entscheidungen selten verankert ist (Augsberger et al., 2024). Die Befunde erzählen hier dieselbe Geschichte wie die Literatur und ergänzen sie um die lokale Beobachtung, dass diese Voraussetzung im Landkreis nicht durchgängig erfüllt erscheint.

6.2.2 *Strukturelle Selektivität der Teilhabe*

Auffällig konsistent ist die Wahrnehmung, dass bestehende Angebote vor allem „die, die sowieso schon interessiert sind“ erreichen (vgl. Int5, ähnlich Int6 zum Schneeballeffekt engagierter Schüler:innen). Dieser Befund stimmt mit dem Ressourcenansatz überein, wonach politische Aktivität von ungleich verteilten Ressourcen und

Rekrutierungsnetzwerken abhängt (Brady et al., 1995). Er lässt sich darüber hinaus durch das Selbstselektionsargument erklären: van Ingen und van der Meer (2016) zeigen längsschnittlich, dass eher bereits politisierte Personen in zivilgesellschaftliche Vereinigungen eintreten (pools of democracy), während ein eigenständiger Sozialisationseffekt der Vereinigungen empirisch schwach bleibt. Vor diesem Hintergrund ist der in mehreren Interviews benannte Mobilisierungsbias kein bloßes Umsetzungsdefizit einzelner Akteure, sondern ein strukturell erwartbares Muster. Eine ergänzende Erklärung liefert die Forschung zur schulischen Demokratiebildung, die ebenfalls eine sozioökonomisch selektive Inanspruchnahme dokumentiert (Jerome et al., 2024).

6.2.3 Ländlicher Raum, Demografie und Abwanderung

Die Schilderungen zur demografischen Alterung, zur zahlenmäßigen Unterrepräsentation junger Menschen und zur Abwanderung (vgl. Int1; Int2; Int3) fügen sich in einen wachsenden Forschungsstand zur Jugendbeteiligung in peripher(isiert)en ländlichen Regionen. Grunert und Ludwig (2023) zeigen anhand von Experteninterviews mit kommunalen Entscheidungsträger:innen, dass deren Konstruktionen von Jugend und Ländlichkeit die eröffneten Beteiligungsräume mitprägen und häufig begrenzen. Brensing et al. (2024) rekonstruieren Engagement in sehr ländlichen Räumen als Frage der Passung zwischen individuellen Ressourcen und regionalen Gelegenheitsstrukturen, wobei fehlende Anerkennung, Unterstützungsbedarf und räumliche Distanz bzw. eingeschränkte Mobilität zentrale Hürden bilden. Fehser et al. (2025) bestätigen survey- und fallstudienbasiert, dass infrastrukturelle Defizite und das Fehlen verbindlicher Beteiligungsstrukturen nachhaltige Jugendbeteiligung im ländlichen Raum hemmen. Der lokale Hinweis auf Verbesserungen durch den „blauen Landbus“ (vgl. Int2) illustriert konkret, wie eng Teilhabechancen an Mobilitätsinfrastruktur gekoppelt sind.

6.2.4 Soziale Medien und rechtsextreme Ansprache

Mehrere Befragte deuten soziale Medien als Treiber einer unreflektierten, systemkritischen Haltung und verweisen auf ein auffälliges Abschneiden rechtspopulistischer Parteien bei der U18-Wahl (vgl. Int3, Int6). Dies korrespondiert mit Forschung, die digitale Informationsumgebungen mit Polarisierung und Vertrauensverlust verknüpft (Lazer et al., 2018), und mit quasi-experimentellen Befunden, wonach der Breitbandausbau populistische Mobilisierung begünstigt, und zwar besonders bei zuvor nicht festgelegten Wähler:innen (Schaub & Morisi, 2020). Zugleich gebietet die Datenlage Vorsicht vor monokausalen Deutungen: Eine repräsentative Befragung junger Erwachsener in Deutschland findet zwar einen Zusammenhang zwischen der Intensität der Social-Media-Nutzung und rechten Orientierungen, identifiziert jedoch gerade TikTok nicht als besonderen

Beschleuniger der Radikalisierung (Quent & Stein, 2026). Ergänzend zeigt Heiss et al. (2020), dass nicht die bloße Plattformpräsenz, sondern der Nutzungsmodus, intentionale gegenüber beiläufiger Informationssuche, über Engagementeffekte entscheidet. Die Interviewdeutung trifft damit einen realen Mechanismus, überzeichnet aber die kausale Rolle einzelner Plattformen.

6.2.5 Vernetzung, Konkurrenz und das Paradox des ressourcenstarken Landkreises

Heterogen, aber theoretisch erklärbar sind die Aussagen zur Kooperation. Während Verwaltungsnähe und persönliche Kontakte als gut vernetzt beschrieben werden (vgl. Int3, Int5), deutet die Streetworkerin die Vernetzung als teils „nicht vorhanden“ und führt dies auf eine durch die finanzielle Ausstattung des Landkreises begünstigte Konkurrenzhaltung zurück (vgl. Int1). Dieser zunächst kontraintuitive Befund lässt sich mit dem integrativen Rahmen kollaborativer Governance auflösen: Emerson et al. (2012) benennen wechselseitige Abhängigkeit (interdependence) und folgenreiche Anreize (consequential incentives) als zentrale Treiber, die Kooperation überhaupt erst initiieren. Bleibt der Ressourcendruck aus, fehlt ein wesentlicher Auslöser sektorübergreifender Zusammenarbeit, sodass Akteure eher nebeneinander als miteinander arbeiten. Auch die Übersichtsforchung zu sektorübergreifenden Partnerschaften betont, dass solche Netzwerke stark von Ressourcenabhängigkeiten und institutionellen Logiken geprägt sind und keineswegs voraussetzungslos entstehen (Vogel et al., 2022). Die Befunde stützen damit weniger ein Bild des guten Willens als eines der strukturellen Anreizlage und decken sich mit der Annahme, dass Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen tragende Voraussetzungen kollektiver Handlungsfähigkeit sind (Ansell & Gash, 2008; Provan & Kenis, 2008).

6.3 Kritische Würdigung der Validität

Die Aussagekraft der Arbeit ist anhand der Gütekriterien qualitativer Forschung, Glaubwürdigkeit, Übertragbarkeit, Verlässlichkeit und Bestätigbarkeit, einzuordnen (Lincoln & Guba, 1985; Nowell et al., 2017). Zur Glaubwürdigkeit trägt die multiperspektivische Anlage bei: Die Übereinstimmung der Befunde über Verwaltung, Jugend(sozial)arbeit, Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörde hinweg spricht für eine perspektivische Triangulation, in der zentrale Muster wiederholt und unabhängig voneinander auftreten. Verlässlichkeit und Bestätigbarkeit werden durch das regelgeleitete Vorgehen der qualitativen Inhaltsanalyse, das dokumentierte Kategoriensystem sowie die zeilengenaue Belegung der Befunde unterstützt (Mayring, 2014).

Zugleich sind mehrere Einschränkungen offen zu benennen. Erstens beruht die Untersuchung auf nur sechs Fällen und erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität; das Sample ist hinsichtlich Geschlecht und Alter unausgewogen (fünf männliche, ein weiblicher Fall; mehrere ältere Befragte) und wurde über ein Relevance Sampling (Krippendorff, 2004) aus einer von der Partnerschaft für Demokratie bereitgestellten Liste gewonnen, was eine Selektion bereits gut eingebundener Akteure nahelegt. Perspektiven von Kindern und Jugendlichen selbst, von Lehrkräften sowie von schwer erreichbaren Gruppen sind nicht direkt enthalten, sondern nur in der Fremdwahrnehmung der Befragten. Zweitens ist bei Expert:inneninterviews mit Effekten sozialer Erwünschtheit und mit der Tendenz zu rechnen, die eigene institutionelle Rolle positiv darzustellen. Die methodologische Reflexion des theoriegenerierenden Experteninterviews mahnt überdies, das Erkenntnisinteresse der Forschenden nicht über die Relevanzsetzungen der Befragten zu stellen (Bogner & Menz, 2002). Drittens wurden zwei Interviews telefonisch geführt, was nonverbale Information reduziert. Die interne Validität der deskriptiven Befunde ist vor diesem Hintergrund als solide, die kausale Deutung einzelner Mechanismen jedoch als vorläufig einzuschätzen.

Hinsichtlich der externen Validität bzw. Übertragbarkeit ist eine statistische Generalisierung weder beabsichtigt noch möglich. Angemessen ist vielmehr eine fallbezogene Übertragbarkeit, bei der die Leserschaft anhand dichter Kontextbeschreibung selbst beurteilt, inwieweit die Befunde auf andere Kontexte übertragbar sind (Nowell et al., 2017). Da sich die Ergebnisse weitgehend mit Studien aus anderen, insbesondere ländlichen deutschen Regionen decken (Brensing et al., 2024; Fehser et al., 2025; Grunert & Ludwig, 2023), erscheint eine Übertragbarkeit auf strukturell ähnliche, ländlich geprägte und ressourcenstarke Landkreise plausibel, während die Übertragung auf urbane oder ostdeutsche Kontexte mit anderer Konfliktintensität nur eingeschränkt zulässig ist. Möglichkeiten zur Verbesserung künftiger Erhebungen liegen in einem größeren und diverseren Sample, der direkten Einbeziehung junger Menschen, einer kommunikativen Validierung der Ergebnisse mit den Befragten sowie der Nutzung der im Projekt vorgesehenen Workshops und Straßengespräche, um die hier rekonstruierten Fremdwahrnehmungen mit Selbstauskünften der Zielgruppe abzugleichen.

6.4 Handlungsfelder und Denkanstöße für die Praxispartner

Aus den Befunden lassen sich, im Sinne der Aufgabenstellung als Denkanstöße und nicht als Handlungsempfehlungen, mehrere Handlungsfelder ableiten, über deren konkrete Ausgestaltung allein die Partnerschaft für Demokratie und ihre Gremien entscheiden. Sie nehmen unmittelbar Bezug auf die eingangs formulierte Problemstellung, lokale Herausforderungen, Ressourcen und Bedarfe sichtbar zu machen.

Ein erstes Handlungsfeld betrifft die Qualität der Beteiligung. Da die Befunde übereinstimmend nahelegen, dass nicht das Angebot an Formaten, sondern deren reale Wirksamkeit den Ausschlag gibt (vgl. Int3, Int6), wirft dies die Frage auf, wie bestehende Gremien wie Kinder- und Jugendvertretungen mit verbindlichen Rückmelde- und Einflussmöglichkeiten ausgestattet werden können, um die beschriebene Tokenismus-Falle zu vermeiden (Augsberger et al., 2024; Lundy, 2018).

Ein zweites Handlungsfeld ergibt sich aus dem Mobilisierungsbias. Wenn Angebote vorrangig bereits Interessierte erreichen (vgl. Int5), verdient die Frage Aufmerksamkeit, wie aufsuchende und niedrigschwellige Zugänge, etwa die genannten Festivals, Konzerte oder Box-Events (vgl. Int1) und die mobile Jugendsozialarbeit (vgl. Int3), gezielt jene Gruppen ansprechen können, die von formalen Formaten strukturell nicht erreicht werden (Brady et al., 1995; van Ingen & van der Meer, 2016).

Ein drittes Handlungsfeld verbindet politische Bildung und Medienkompetenz. Die von den Befragten betonte Bedeutung von Meinungsbildung und dem Umgang mit Desinformation (vgl. Int4, Int5) lässt sich an Evidenz anschließen, wonach Medienkompetenz-Interventionen die Resilienz gegenüber Fehlinformationen messbar erhöhen, insbesondere bei mehreren statt einzelnen Sitzungen (Huang et al., 2024), und wonach die Qualität schulischer Demokratiebildung die Beteiligungsbereitschaft auch unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund stärken kann (Alscher et al., 2022). Dies eröffnet Anschlussfragen für die Zusammenarbeit mit den bereits ausgezeichneten Schulen im Landkreis (vgl. Int6).

Ein viertes Handlungsfeld betrifft die Kooperations- und Netzwerksteuerung. Da die beobachtete Konkurrenz weniger auf fehlendem Willen als auf einer schwachen Anreiz- und Abhängigkeitsstruktur zu beruhen scheint (vgl. Int1; Emerson et al., 2012; Vogel et al., 2022), stellt sich die Frage, wie eine koordinierende Instanz, verbindliche Austauschformate und geteilte Ziele die in mehreren Interviews gewünschte engere Zusammenarbeit (vgl. Int4, Int6) tragfähig machen können, auch ohne den Druck knapper Mittel. Die im Projektkontext bereits identifizierte Bedeutung von Planungssicherheit (Kerschbaumer, 2026) bleibt dabei eine zentrale Voraussetzung.

Schließlich verweisen die Befunde auf das Handlungsfeld einer tragfähigen Wirkungsbeobachtung. Die heterogenen Erfolgsvorstellungen von U18-Wahlergebnissen über Projektzahlen bis zu sichtbarer öffentlicher Beteiligung (vgl. Int3, Int5, Int6), werfen die Frage auf, anhand welcher gemeinsamen, realistisch erhebbaren Indikatoren Fortschritte der Demokratieförderung im Landkreis künftig nachvollziehbar gemacht werden können. Über die Auswahl und Gewichtung dieser Indikatoren sowie über alle daraus abzuleitenden Maßnahmen entscheidet ausschließlich der Auftraggeber.

Tab. 2: Fünf Handlungsfelder für die Demokratieförderung GAP (eigene Darstellung).

#	Handlungsfeld	Empirischer Befund	Theoretische Fundierung	Leitfrage (Denkanstoß)
1	Qualität der Beteiligung	Nicht das Angebot, sondern dessen reale Wirksamkeit entscheidet (vgl. Int3, Int6)	Tokenismus-Falle (Lundy, 2018; Augsberger et al., 2024)	Wie können bestehende Gremien mit verbindlichen Rückmelde- und Einflussmöglichkeiten ausgestattet werden?
2	Mobilisierungsbias	Angebote erreichen vorrangig bereits Interessierte (vgl. Int5)	Ressourcenansatz & Selbstselektion (Brady et al., 1995; van Ingen & van der Meer, 2016)	Wie können aufsuchende, niedrigschwellige Zugänge strukturell ausgeschlossene Gruppen erreichen?
3	Politische Bildung & Medienkompetenz	Bedeutung von Meinungsbildung und Umgang mit Desinformation (vgl. Int4, Int5)	Wirksamkeit von Interventionen (Huang et al., 2024; Alscher et al., 2022)	Wie lässt sich die Zusammenarbeit mit den ausgezeichneten Schulen vertiefen?
4	Kooperations- & Netzwerksteuerung	Konkurrenz trotz finanzieller Ressourcenstärke (vgl. Int1)	Fehlende Anreize/Abhängigkeit (Emerson et al., 2012; Vogel et al., 2022)	Wie wird engere Zusammenarbeit auch ohne Mitteldruck tragfähig?
5	Tragfähige Wirkungsbeobachtung	Heterogene Erfolgsvorstellungen (vgl. Int3, Int5, Int6)	U18-Wahl, Projektzahlen, öffentliche Beteiligung als Maßstäbe	Welche gemeinsamen, realistisch erhebbaren Indikatoren sind sinnvoll?

7. Fazit

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, im Rahmen einer qualitativen Situations- und Ressourcenanalyse sichtbar zu machen, welche lokalen Herausforderungen, Ressourcen und Bedarfe der Demokratieförderung von Kindern und Jugendlichen zentrale Akteur:innen im Landkreis Garmisch-Partenkirchen wahrnehmen, um eine empirische Grundlage für ein bedarfsorientiertes Handlungskonzept der Partnerschaft für Demokratie zu schaffen. Damit knüpfte die Untersuchung unmittelbar an die eingangs formulierte Problemstellung an, wonach lokale Demokratieförderung unter Bedingungen von Polarisierung, Desinformation und gesellschaftlichem Wandel auf belastbares Wissen über die eigenen Voraussetzungen angewiesen ist.

In Bezug auf die Forschungsfrage zeichnen die sechs Interviews ein konsistentes Bild: Der Landkreis verfügt über etablierte und engagierte Strukturen der Demokratieförderung, deren Wirksamkeit jedoch weniger durch das Fehlen von Angeboten als durch deren Reichweite, ihre reale Verbindlichkeit und den Grad ihrer Vernetzung begrenzt wird. Lokale Herausforderungen, Ressourcen und Bedarfe werden insbesondere dort sichtbar, wo formale Beteiligungsformate bereits Interessierte erreichen, während

strukturell benachteiligte Gruppen, ländliche Räume und die digitale Lebenswelt junger Menschen schwerer zugänglich bleiben. Die Analyse hat diese Spannungsfelder systematisch herausgearbeitet und in fünf Handlungsfelder überführt, die der Partnerschaft für Demokratie als empirisch fundierte Orientierung dienen, ohne ihr die Entscheidung über konkrete Maßnahmen abzunehmen.

Der Beitrag der Arbeit liegt damit weniger in der Aufdeckung gänzlich unbekannter Phänomene als in ihrer geordneten, multiperspektivischen und für den konkreten Landkreis spezifizierten Sichtbarmachung. Indem die Befunde mit dem Forschungsstand verknüpft wurden, ließ sich zeigen, dass die lokal beobachteten Muster keine Einzelfälle sind, sondern an breitere Erkenntnisse zu Beteiligung, Mobilisierung und Kooperation anschließen. Zugleich ist die Reichweite der Ergebnisse durch das kleine, nicht repräsentative Sample und die ausschließliche Erhebung von Expert:innenperspektiven begrenzt, sodass die Befunde als fundierte Annäherung und nicht als abschließende Bestandsaufnahme zu verstehen sind. Für die weitere Entwicklung erscheint es vielversprechend, die hier rekonstruierten Fremdwahrnehmungen künftig mit den Selbstausskünften der Zielgruppe – der Kinder und Jugendlichen selbst – sowie weiterer Akteure aus Bildung und Zivilgesellschaft zu ergänzen, wie es das Projektdesign mit Workshops und Straßengesprächen ohnehin vorsieht. Auf dieser Grundlage kann die Partnerschaft für Demokratie eigenständig entscheiden, welche der aufgezeigten Handlungsfelder sie priorisiert und in welche konkreten Schritte sie diese überführt. Die vorliegende Arbeit versteht sich insofern als ein anschlussfähiger Baustein einer fortlaufenden, datengestützten Auseinandersetzung mit der lokalen Demokratieförderung im Landkreis Garmisch-Partenkirchen.

Als wichtigste Erkenntnis der gesamten Analyse lässt sich festhalten, dass die Demokratieförderung im Landkreis Garmisch-Partenkirchen nicht an einem Mangel an Strukturen, sondern an deren Reichweite, Verbindlichkeit und Vernetzung ansetzen muss. Die zentrale Herausforderung ist demnach keine der Quantität, sondern der Wirksamkeit: Beteiligungsformate, engagierte Akteur:innen und finanzielle Ressourcen sind vorhanden, entfalten ihr demokratiestärkendes Potenzial jedoch erst dann, wenn sie strukturell ausgeschlossene Gruppen erreichen, reale Mitbestimmung ermöglichen und über verbindliche Kooperationsstrukturen miteinander verbunden werden. Für die Partnerschaft für Demokratie folgt daraus, dass künftige Anstrengungen weniger auf den Ausbau zusätzlicher Angebote als auf die qualitative Weiterentwicklung und gezielte Verknüpfung des bereits Bestehenden zielen sollten.

Referenz

- Aldrich, D. P., & Meyer, M. A. (2015). Social capital and community resilience. *American Behavioral Scientist*, 59(2), 254–269. <https://doi.org/10.1177/0002764214550299>
- Alscher, P., Ludewig, U. & McElvany, N. (2022). Civic Education, Teaching Quality and Students' Willingness to Participate in Political and Civic Life: Political Interest and Knowledge as Mediators. *J Youth Adolescence* 51, 1886–1900. <https://doi.org/10.1007/s10964-022-01639-9>
- Ansell, C., & Gash, A. (2008). Collaborative governance in theory and practice. *Journal of Public Administration Research and Theory*, 18(4), 543–571. <https://doi.org/10.1093/jopart/mum032>
- Arnstein, S. R. (1969). A ladder of citizen participation. *Journal of the American Institute of Planners*, 35(4), 216–224. <https://doi.org/10.1080/01944366908977225>
- Augsberger, A., Collins, M. E., & Howard, R. C. (2024). The global context of youth engagement: A scoping review of youth councils in municipal government. *Children and Youth Services Review*, 156, 107349. <https://doi.org/10.1016/j.childyouth.2023.107349>
- Bogner, A., Menz, W. (2002). Das theoriegenerierende Experteninterview. In: Bogner, A., Littig, B., Menz, W. (eds) *Das Experteninterview. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden*. https://doi.org/10.1007/978-3-322-93270-9_2
- Brady, H. E., Verba, S., & Schlozman, K. L. (1995). Beyond SES: A resource model of political participation. *American Political Science Review*, 89(2), 271–294. <https://doi.org/10.2307/2082425>
- Bresing, J., Norén, F., Kleiner, T.-M., & Klärner, A. (2024). Gelegenheiten und Herausforderungen für das Engagement junger Menschen in Vereinen sehr ländlicher Räume – Alles eine Frage der Passung? *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung*, 19(2), 261–280. <https://doi.org/10.3224/diskurs.v19i2.08>
- Bryson, J. M., Crosby, B. C., & Stone, M. M. (2006). The design and implementation of cross-sector collaborations: Propositions from the literature. *Public Administration Review*, 66, 44–55. <https://doi.org/10.1111/j.1540-6210.2006.00665.x>
- Emerson, K., Nabatchi, T., & Balogh, S. (2012). An integrative framework for collaborative governance. *Journal of Public Administration Research and Theory*, 22(1), 1–29. <https://doi.org/10.1093/jopart/mur011>
- Fehser, S., Tillmann, F., & Reißig, B. (2025). Political participation of young people in rural Eastern Germany: Empirical findings, structural barriers, and policy implications.

- Frontiers in Political Science*, 7, 1620587.
<https://doi.org/10.3389/fpos.2025.1620587>
- Fung, A. (2006). Varieties of participation in complex governance. *Public Administration Review*, 66(Suppl. 1), 66–75. <https://doi.org/10.1111/j.1540-6210.2006.00667.x>
- Grunert, C., & Ludwig, K. (2023). Jugendbeteiligung in peripher(isiert)en ländlichen Regionen – zur Verschränkung von Jugend- und Raumkonstruktionen in den Partizipationsperspektiven kommunaler Entscheidungsträger. *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung*, 18(2), 183–200. <https://doi.org/10.3224/diskurs.v18i2.04>
- Heiligers, N., Frohn, D., Timmermanns, S., Merz, S., & Moschner, T. (2023). How are you? Die Lebenssituation von LSBTIQA Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bayern [Ergebnisbericht]. Bayerischer Jugendring.
- Heiss, R., Knoll, J., & Matthes, J. (2020). Pathways to political (dis-)engagement: Motivations behind social media use and the role of incidental and intentional exposure modes in adolescents' political engagement. *Communications*, 45(s1), 671–693. <https://doi.org/10.1515/commun-2019-2054>
- Huang, G., JIA, W., & Yu, W. (2024). Media Literacy Interventions Improve Resilience to Misinformation: A Meta-Analytic Investigation of Overall Effect and Moderating Factors. <https://doi.org/10.31234/osf.io/hm6fk>
- Iyengar, S., Sood, G., & Lelkes, Y. (2012). Affect, not ideology: A social identity perspective on polarization. *Public Opinion Quarterly*, 76(3), 405–431.
<https://doi.org/10.1093/poq/nfs038>
- Jerome, L., Hyder, F., Hilal, Y., & Kisby, B. (2024). A systematic literature review of research examining the impact of citizenship education on active citizenship outcomes. *Review of Education*, 12, e3472. <https://doi.org/10.1002/rev3.3472>
- Kerschbaumer, L. (2026). PfD_Problematik_aktuelleSituation [Unveröffentlichtes internes Arbeitspapier]. Center for Social & Health Innovation, MCI.
- Krippendorff, K. (2004). Content analysis. An introduction to its methodology (2nd ed.). University of Pennsylvania. *Sage Publications*.
- Lazer, D. M. J., Baum, M. A., Benkler, Y., Berinsky, A. J., Greenhill, K. M., Menczer, F., Metzger, M. J., Nyhan, B., Pennycook, G., Rothschild, D., Schudson, M., Sloman, S. A., Sunstein, C. R., Thorson, E. A., Watts, D. J., & Zittrain, J. L. (2018). The science of fake news. *Science*, 359(6380), 1094–1096.
<https://doi.org/10.1126/science.aao2998>
- Lewandowsky, S., Ecker, U. K. H., Seifert, C. M., Schwarz, N., & Cook, J. (2012). Misinformation and its correction: Continued influence and successful debiasing.

- Psychological Science in the Public Interest*, 13(3), 106–131.
<https://doi.org/10.1177/1529100612451018>
- Lincoln, Y. S., & Guba, E. G. (1985). *Naturalistic inquiry*. Sage.
- Lundy, L. (2018). In defence of tokenism? Implementing children's right to participate in collective decision-making. *Childhood*, 25(3), 340–354.
<https://doi.org/10.1177/0907568218777292>
- Marx, A., Geissel, B., & Sack, D. (2026). Trajectories of democratic innovations in Germany: Citizens' opportunities on the move. *European Political Science*, 1–18.
<https://doi.org/10.1017/S168209832610023X>
- Mayring, P. (2014). *Qualitative Content Analysis. Theoretical Foundation, Basic Procedures and Software Solution*.
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* (12. Aufl.). Beltz.
- McCoy, J., Rahman, T., & Somer, M. (2018). Polarization and the global crisis of democracy: Common patterns, dynamics, and pernicious consequences for democratic polities. *American Behavioral Scientist*, 62(1), 16–42.
<https://doi.org/10.1177/0002764218759576>
- Michels, A., & De Graaf, L. (2010). Examining citizen participation: Local participatory policy making and democracy. *Local Government Studies*, 36(4), 477–491.
<https://doi.org/10.1080/03003930.2010.494101>
- Nowell, L. S., Norris, J. M., White, D. E., & Moules, N. J. (2017). Thematic Analysis: Striving to Meet the Trustworthiness Criteria: Striving to Meet the Trustworthiness Criteria. *International Journal of Qualitative Methods*, 16(1).
<https://doi.org/10.1177/1609406917733847>
- Oliver, J. E. (2000). City size and civic involvement in metropolitan America. *American Political Science Review*, 94(2), 361–373. <https://doi.org/10.2307/2586017>
- Provan, K. G., & Kenis, P. (2008). Modes of network governance: Structure, management, and effectiveness. *Journal of Public Administration Research and Theory*, 18(2), 229–252. <https://doi.org/10.1093/jopart/mum015>
- Quent, M., & Stein, C. (2026). Radicalized by TikTok and Co.? The influence of social media use on far-right orientations of young adults in Germany. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, 6(1), 36–55. <https://doi.org/10.3224/zrex.v6i1.03>
- Schaub, M., & Morisi, D. (2020). Voter mobilisation in the echo chamber: Broadband internet and the rise of populism in Europe. *European Journal of Political Research*, 59(4), 752–773. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12373>

- Theuwis, M., Van Ham, C., & Jacobs, K. (2025). A meta-analysis of the effects of democratic innovations on participants' attitudes, behaviour and capabilities. *European Journal of Political Research*, 64(2), 960–984. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12722>
- van Deth, J. (2014). A conceptual map of political participation. *Acta Politica*, 49, 349–367. <https://doi.org/10.1057/ap.2014.6>
- van Deth, J. W. (2009). Politische Partizipation. In V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie: Ein Studienbuch* (S. 141–161). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91422-0_6
- van Ingen, E., van der Meer, T. Schools or Pools of Democracy? A Longitudinal Test of the Relation Between Civic Participation and Political Socialization. *Polit Behav* 38, 83–103 (2016). <https://doi.org/10.1007/s11109-015-9307-7>
- Vogel, R., Göbel, M., Grewe-Salfeld, M., Herbert, B., Matsuo, Y., & Weber, C. (2022). Cross-sector partnerships: Mapping the field and advancing an institutional approach. *International Journal of Management Reviews*, 24(3), 394–414. <https://doi.org/10.1111/ijmr.12283>
- Warren, M. E. (2025). Democratic innovation and representative democracy. Perspectives on Politics, 23(1), 7–14. <https://doi.org/10.1017/S1537592724002111>
- Witzel, A. (2000). The Problem-centered Interview. *Forum Qualitative Sozialforschung* *Forum: Qualitative Social Research*, 1(1). <https://doi.org/10.17169/fqs-1.1.1132>
- Zapko-Willmes, A., & Theocharis, Y. (2025). Accounting for the association between socioeconomic status and youth political participation: A twin family study. *Political Psychology*, 46(1), 185–204. <https://doi.org/10.1111/pops.12987>
- Zick, A., Küpper, B., Mokros, N., & Eden, M. (Hrsg.). (2025). *Die angespannte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25*. Dietz.
- Zick, A., Wolf, C., Küpper, B., Davidov, E., Schmidt, P., & Heitmeyer, W. (2008). The syndrome of group-focused enmity: The interrelation of prejudices tested with multiple cross-sectional and panel data. *Journal of Social Issues*, 64(2), 363–383. <https://doi.org/10.1111/j.1540-4560.2008.00566.x>